

Vier weitere erfolgreiche Jahre für Deutschland

KOALITIONSVERTRAG HAT EINE CHRISTLICH-SOZIALE SEELE

27.11.2013

CDU, CSU und SPD haben 27.11.2013 in Berlin ihren Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode unterzeichnet. Die CSU-Landesgruppe begrüßt den Abschluss des Koalitionsvertrags ausdrücklich, denn die CSU konnte sich in allen wesentlichen Punkten durchsetzen: mit der Mütterrente, soliden Finanzen, der Maut für Ausländer, der Absage an eine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa, der weiteren Entlastung der Kommunen und der Fortsetzung der bisherigen Familienpolitik. Sämtliche wesentlichen Punkte aus dem Bayernplan der CSU konnten somit im Koalitionsvertrag verankert werden.

Was war die Ausgangslage der Koalitionsverhandlungen?

Die Christlich-Soziale Union hat mit fast 50 Prozent bei den Wahlen im Freistaat und im Bund einen großartigen Vertrauensbeweis der Bevölkerung erhalten. Damit haben wir eine wichtige Grundlage für den klaren Wahlsieg der Unionsparteien bei der Bundestagswahl gelegt. Der große Abstand zur SPD und das schwache Abschneiden der Grünen haben eindeutig gezeigt, dass die Menschen in Deutschland eine Fortsetzung unserer Politik der bürgerlichen Mitte wollen. Damit hat die Bevölkerung der Union den klaren Auftrag erteilt, eine Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel zu bilden.

Im Sinne einer stabilen Regierung hat sich die CSU-Landesgruppe von Anfang an für eine Koalition mit der SPD eingesetzt. Trotzdem haben wir uns Gesprächen mit Bündnis 90/Die Grünen nicht verschlossen und auch mit den Grünen die Möglichkeit einer Regierungskoalition ausgelotet. In den Gesprächen mit den Grünen hat sich jedoch gezeigt, dass die Partei derzeit offenbar keine Regierungsverantwortung für Deutschland übernehmen kann und will. Deshalb hat sich die Union entschlossen, gemeinsam mit der SPD auf die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land hinzuwirken. Eine Entscheidung, die die CSU-Landesgruppe ausdrücklich unterstützt hat.

Was ist der Leitgedanke des Koalitionsvertrags?

Der klare Wahlsieg von CDU und CSU steht außer Frage. Die CSU-Landesgruppe ist mit großem Selbstbewusstsein in die Koalitionsverhandlungen gegangen und hat mit aller Kraft für die zentralen Positionen des Bayernplans gekämpft. Alle in den Koalitionsverhandlungen diskutierten Maßnahmen haben wir daran gemessen, ob sie Deutschland bei den wichtigen Zukunftsthemen Beschäftigung, Finanzstabilität und Sicherheit der Sozialsysteme weiter voranbringen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD wird diesem Maßstab gerecht und setzt auf den bayerischen Weg: Freiheit, Leistungsfreude, Solidarität. Diese klare christlich-soziale Handschrift legt die Grundlage für vier weitere erfolgreiche Jahre für Deutschland.

Welche zentralen Forderungen konnten wir durchsetzen?

- ◆ Es wird keine Steuererhöhungen geben. Wir haben weiteren Belastungen für Unternehmen und Bürger von Anfang an eine klare Absage erteilt. Gleichzeitig haben wir versprochen, dass wir den Plänen der SPD für massive Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht zustimmen werden. Wir haben derzeit die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Damit müssen und damit können wir auskommen. So bleibt unsere Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs und die Menschen in Deutschland können auch in den kommenden vier Jahren auf eine sozial ausgewogene Beteiligung an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben vertrauen.
- ◆ Wir nehmen keine neuen Schulden auf. Ab dem Jahr 2014 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufstellen. Außerdem werden wir unsere Schuldenstandsquote innerhalb von zehn Jahren auf weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückführen. Damit setzen wir unsere Politik solider Finanzen fort und leisten einen wichtigen Beitrag zur Entlastung kommender Generationen.
- ◆ Die PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland kommt. Jeder, der deutsche Straßen nutzt, muss einen Beitrag zu deren Finanzierung leisten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Dabei steht für uns fest: Kein deutscher Autofahrer wird stärker belastet. Die Einnahmen werden in vollem Umfang für den Straßenbau verwendet. Zusammen mit zusätzlichen Bundesmitteln sichern wir so auch weiterhin eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und gewährleisten eine stabile Finanzierung für unser weltweit als vorbildlich anerkanntes Autobahnnetz.
- ◆ Die Mütterrente kommt. Wir werden Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, im Rentensystem besser stellen und mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt berücksichtigen. Das ist eine klare Anerkennung der Erziehungsleistung und schließt die Gerechtigkeitslücke zwischen älteren und jüngeren Frauen mit Kindern.
- ◆ Das Betreuungsgeld bleibt. Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode dafür eingesetzt, auch diejenigen Eltern zu unterstützen, die ihre Kinder ohne staatliche Betreuungseinrichtungen erziehen wollen. Dadurch haben wir Wahlfreiheit bei der Kindererziehung geschaffen und Eltern ermöglicht, die für sie jeweils ideale Betreuungsform für ihre Kinder auszuwählen. Ein Angebot, das bereits wenige Monate nach seiner Einführung mehr als 80.000 Eltern in ganz Deutschland in Anspruch nehmen und das wir nicht zur Disposition stellen dürfen. Die CSU-Landesgruppe hat im Wahlkampf stets versprochen, dass bei bestehenden Familienleistungen nicht gestrichen wird. Dass wir uns damit trotz großer Widerstände durchgesetzt haben, ist ein starkes Signal für unsere Familien.

- ◆ Die Familienleistungen werden ausgebaut. Wir führen ein „ElterngeldPlus“ ein, das Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten auch bei Teilzeitbeschäftigung beziehen können. Begleitend wird es einen Partnerschaftsbonus geben, den alle Eltern beziehen können, die zusätzlich zur Erziehung ihrer Kinder 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten. Gleichzeitig gestalten wir die Elternzeit flexibler. Zukünftig werden Eltern zwischen dem 3. bis 8. Lebensjahr ihres Kindes 24 Monate statt bisher 12 Monate Elternzeit nehmen können. Dadurch stärken wir unsere Familien und werden unserem christlich-sozialen Grundsatz gerecht, dass der Staat alles tun muss, um die Familien zu fördern und zu unterstützen.
- ◆ Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird weiterentwickelt. Wir werden einen verbindlichen Ausbaukorridor festlegen, der Planungssicherheit schafft und die Entwicklung der Kosten begrenzt. Außerdem bauen wir Subventionen ab und verpflichten die weitere Förderung auf marktwirtschaftliche Grundsätze. Wir binden die Bürger beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ein und gestalten die Energiewende mit den Menschen in unserem Land. So bleibt unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar und genießt eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz.
- ◆ Der Länderfinanzausgleich wird reformiert. Der Freistaat Bayern zahlt gegenwärtig rund die Hälfte des Länderfinanzausgleichs. Derzeit steuert Bayern in einem Jahr mehr bei, als wir in sechzig Jahren insgesamt aus dem Länderfinanzausgleich bezogen haben. Das ist ungerecht und leistungsfeindlich. Deshalb haben wir darauf gedrängt, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bis spätestens 2019 neu zu regeln. Unsere Klage gegen den Länderfinanzausgleich bleibt davon unberührt.
- ◆ Es wird keine Euro-Bonds und keine Vergemeinschaftung von Schulden geben. Jeder Mitgliedstaat haftet eigenverantwortlich für seine Verbindlichkeiten. Hilfen gibt es nur bei einer starken Eigenbeteiligung und gegen die Erfüllung strikter Auflagen. Dabei setzen wir auch in Zukunft auf umfassende Strukturreformen und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Das ist der einzige Weg, um aus der Staatsschuldenkrise zu kommen. Es gilt weiterhin unser Grundsatz: Solidarität gegen Solidität. Damit bleibt Europa eine Stabilitätsunion und keine Schuldenunion.
- ◆ Die Souveränität der Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union bleibt unangetastet. Die CSU-Landesgruppe hat sich stets dafür eingesetzt, dass der Koalitionsvertrag festschreibt, dass EU-Entscheidungen nur unter enger Einbindung der nationalen Parlamente getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip wird weiterhin strikt eingehalten und die kommunale Selbstverwaltung beachtet. Dadurch bewahren wir die Vielfalt an Traditionen, Identitäten und Kulturen und entsprechen unserem Leitbild eines Europas der Regionen.

Bei welchen Punkten musste die Union Kompromisse eingehen?

Der CSU-Landesgruppe war im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wichtig, dass der Koalitionsvertrag das Wahlergebnis widerspiegelt und ein klares Bekenntnis zu unserer Politik der bürgerlichen Mitte darstellt. Dennoch muss man in einer Koalitionsregierung immer auch Kompromisse eingehen.

- ◆ Ab 2015 wird es eine gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro geben. Wir haben immer gesagt: Wer Vollzeit arbeitet, soll davon auch angemessen leben können. Wir sind der Überzeugung, dass es keiner gesetzlichen Vorgabe bedarf, um diesem Grundsatz gerecht zu werden. Deshalb haben wir uns mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass die Einführung einer einheitlichen Lohnuntergrenze mit einer Stärkung der Tarifpartner und dem Schutz bestehender Arbeitsplätze einhergeht. Das ist uns gelungen.

Die Regelung berücksichtigt bestehende Tarifverträge und greift erst 2017 uneingeschränkt. Die zukünftige Überprüfung der Lohnuntergrenze liegt bei den Sozialpartnern. Weitere politische Interventionen sind somit ausgeschlossen. Das sichert Arbeitsplätze und wahrt das bewährte Prinzip der Tarifautonomie. Gleichzeitig haben unsere Arbeitgeber die Möglichkeit, sich auf das Mindestlohniveau von 8,50 Euro einzurichten.

- ♦ Die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt. Das entspricht nicht unseren Wunschvorstellungen. Trotzdem gilt weiterhin – und das war für uns von zentraler Bedeutung: In Deutschland wird es auch weiterhin keine generelle doppelte Staatsbürgerschaft geben. Das Staatsangehörigkeitsrecht bleibt im Übrigen unverändert. Außerdem gilt weiterhin, dass Integration ein klares Bekenntnis zu unserem Staat und zu unserer Rechts- und Werteordnung voraussetzt. Dadurch bleibt unser Markenkern einer Integrationspolitik des Förderns und Forderns gewahrt.
- ♦ Langjährige Versicherte, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben, können in Zukunft mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Auch das ist für uns ein Kompromiss. Gerne hätte die CSU-Landesgruppe andere Ansätze den Vorzug gegeben, um die Lebensleistung älterer Menschen in unserem Land zu würdigen. Aber: Für uns war wichtig, dass wir am Leitgedanken einer Gesellschaft des langen Lebens und Arbeitens festhalten und das Zugangsalter zur abschlagsfreien Rente schrittweise auf 65 Jahre anheben. Beides konnten wir durchsetzen und im Koalitionsvertrag verankern. Somit konnten wir auch das Konzept der abschlagsfreien Rente in einen klaren christlich-sozialen Rahmen setzen.

Wie geht es jetzt weiter?

Die SPD wird in den kommenden zwei Wochen ihre Mitglieder über den Koalitionsvertrag abstimmen lassen. Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe werden dies zwei Wochen nutzen, um in ihren Regionen für den Koalitionsvertrag zu werben und mit den Menschen darüber zu sprechen, wie wir auf dieser Grundlage unser Land in den kommenden vier Jahren weiter voranbringen können. Wir rechnen damit, dass wir im Falle eines erfolgreichen SPD-Mitgliederentscheids am 17. Dezember 2013 Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin wählen und unsere erfolgreiche Arbeit für Deutschland fortsetzen können.